

Kleine Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **9 (1941-1942)**

Heft 6

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausklang und Erneuerung des Alten Regiments in der Schweiz

Die Gabe der Selbstbeobachtung sowie die Lust zur Kritik an der eigenen Persönlichkeit und am öffentlichen Wesen war, wie das zergliedernde Denken überhaupt, unter den Zürcher Stadtbürgern im 18. Jahrhundert weit stärker entwickelt als etwa in den Kreisen des Berner Patriziats. Europäisches Aufsehen haben die Abhandlungen erlangt, welche in diesem Geist Bodmer und Breitinger, Pestalozzi, Lavater und Johann Heinrich Waser veröffentlichten. Aber auch in der Familie der Füssli war das Talent des klugen Raisonnements stark entwickelt. So hat Mauritz II. Füssli (1701 bis 1769) im Jahre 1723 einer „Societet Gelehrten Junger Herren“ eine scharfsinnige Abhandlung vorgetragen „von dem ungleichen Genie der Ständen Zürich und Bern“. Sie trägt nicht bloss zum Verständnis der Spannungen zwischen Bern und Zürich im 18. Jahrhundert sehr erheblich bei, sondern sie deutet in mancher Beziehung die Unterschiede, welche noch heute zwischen den beiden Orten bestehen, gleich gut wie die Untersuchungen der letzten Nachkriegszeit über den Zürcher oder den Berner Geist. Aber auch ein späterer Spross des gleichen Geschlechts, Johann Heinrich Füssli (1745 bis 1832), hat neben seiner ausgedehnten Tätigkeit als Verleger und Zeitungsschreiber, als Lehrer der vaterländischen Geschichte am Carolinum und als Magistrat noch Zeit gefunden, um sich Gedanken über die Eigenart seiner Heimat und die Besonderheiten seiner Mitbürger zu machen. Diese Beobachtungen kleidete in die Form einer Briefreihe, welche ein fremder Graf auf der Reise durch Zürich an einen italienischen Prinzen gerichtet haben sollte; doch selbst in dieser verhüllten Gestalt übergab er sie nur in Bruchstücken dem Druck, sodass sie ungekürzt bloss in verschiedenen Kopien bei den Zürcher Aufklärern zirkulierten. Auf Grund zweier Abschriften hat Professor Emil Ermatinger in Zürich diese klugen Schilderungen bei Huber & Co. A.G., Frauenfeld, unter dem Titel: „Zürich im Spätrokoko. Briefe des Conte di Sant' Alessandro von Johann Heinrich Füssli“ im Wortlaut mit einer gehaltvollen Einleitung veröffentlicht.

In diesen Briefen skizziert Füssli die Spitzen der Zürcher Gesellschaft, Gelehrsamkeit und Politik; in klassizistischer Kritik lässt er gewisse Repräsentationsbauten und Sammlungen seiner Vaterstadt vor uns erstehen; aber auch ein Zunftbott oder etwa die altväterische Tracht der Ratsherren bedenkt er mit liebenswürdigem Spott. In grössere Tiefen stösst er mit der Beobachtung, dass zwischen dem Wunschbild, welches sich ausländische Schriftsteller von der schweizerischen Freiheit machten, und den im 18. Jahrhundert wirklich noch vorhandenen Ueberresten der alten eidgenössischen Libertät eine weite Kluft bestehe. Klug kommentiert er auch

die Gegensätze zwischen Zürich und Luzern im endenden Ancien Regime: Er vergleicht sie mit dem Kontrast zwischen Engländern und Spaniern, womit allein schon die Substanz der Unterschiede scharf beleuchtet wird; aber er führt sie auch im einzelnen zurück auf Verschiedenheiten des Glaubens, der Regierungsform und des wirtschaftlichen Aufbaus. Diese Betrachtung Füsslis erinnert an das eingangs erwähnte Werk seines eigenen Vorfahren; sie lässt uns aber auch an die Bemerkung des Zürchers Johannes Bürkli von 1793 denken, dass der Fremde in der Eidgenossenschaft „statt einer beinahe zwanzig verschiedene Nationen entdecke..., die nur im groben Schattenrisse der allgemeinen Nationalphysiognomie ineinander verschmelzen“.

Besonders eingehend behandelt der als fremder Graf verummte Zürcher eine Einrichtung der Wirtschaftspolitik, mit welcher seine Mitbürger den Herrschaftsstil des Alten Regiments schon drei Jahrzehnte vor der Französischen Revolution durchbrachen, die landwirtschaftlichen Gespräche zwischen den in einer „Physicalischen Gesellschaft“ zusammengefassten Gliedern der Obrigkeit und einzelnen, besonders aufgebotenen Bauern auf dem Zunfthaus zur Meise. Die Oekonomischen Patrioten im Berner Patriziat vermieden, solange sie öffentlich und als Angehörige einer Oekonomischen Gesellschaft auftraten, geflissentlich auch nur den Anschein einer bewussten Annäherung an die bäuerlichen Untertanen, die es für landwirtschaftliche Reformen zu gewinnen galt. Doch in ihrem alltäglichen Dasein, als Eigentümer zahlreicher Landgüter, standen sie den Bauern erheblich näher als die Bürger von Zürich. Sie brauchten die bäuerliche Denkungsart nicht erst zu ergründen, die Sprechweise der Untertanen nicht erst zu erlernen, die Wirtschaftslage nicht erst aus Statistiken oder aus förmlichen Verhören der Dorfvorsteher kennen zu lernen. Zu dem nötigen Kontakt mit den Bauern bedurften sie nicht besonderer Anstalten und Einrichtungen; dazu genügten ihnen die übernommenen Formen der Nachbarnhilfe und des abendlichen Gesprächs unter der Dorflinde. Diese organische Bindung an das Landvolk war den Zürcher Kaufherren, Gelehrten und Magistraten verloren gegangen. Soweit sie zum Kreis der Oekonomischen Patrioten gehörten, beteiligten sie sich deshalb an ausführlichen Debatten zwischen der „Physicalischen Gesellschaft“ und den Abgeordneten einer bestimmten Landesgegend, über deren Wirtschaft zuvor schon Tabellen angelegt worden waren. Ueber Entstehung, Verlauf und praktische Wirkung dieser Gespräche unterrichten uns neben Hans Caspar Hirzel verschiedene archivalische Quellen. Johann Heinrich Füssli zeigt indessen die Wirkung der einzelnen Oekonomen auf die bäuerlichen Gäste und den Eindruck, welchen die Vertreter des Landvolkes bei den städtischen Herren auslösten. Besonders eingehend charakterisiert er die verehrungswürdigen Gestalten von Bürgermeister Johann Conrad Heidegger und von Jakob Guyer aus Wermatswil, dem „philosophischen Bauern“ aus Hirzels berühmtem Traktat über eine vernunftgerechte Landwirtschaft. Der „Conte di Sant' Alessandro“ weist aber auch einige Schwächen der Methode nach, welche die Zürcher

Oekonomen gewählt hatten. Er schildert, wie schwer das literarisch-wissenschaftliche Interesse der Städter am Landbau sich mit dem praktischen, organisch und traditional gebundenen Sinn der Bauern in Einklang bringen liess. Auch hebt er hervor, dass die wohlgemeinten Reformvorschläge der Oekonomen von der Menge der Bauern solange nicht befolgt werden könnten, als an die Kosten der Neuerungen nicht aus städtischen Mitteln ein Beitrag gewährt werde. „Ich glaube nämlich, dass Geld eine Hauptnerve der Verbesserung des Feldbaus, wenigstens ebenso gut als Nervus belli sei, und dass dasselbe den Fleiss und die Geschicklichkeit zwar keineswegs überflüssig machen, aber doch nähren muss“. Diese Erwägung war für das 18. Jahrhundert neu; die heutige Agrarpolitik hat sie sich in hohem, ja fast in allzugrossem Masse zu eigen gemacht.

*

Die Kunde, welche wir von der Entwicklung der schweizerischen Politik im 19. Jahrhundert besitzen, krankt selbst in ihrer neuesten Fassung bei Ernst Gagliardi und Edgar Bonjour deutlich an dem Umstand, dass die mannigfaltigen konservativen Kräfte, welche den Aufstieg des Radikalismus hintanzuhalten oder zu unterbrechen suchten, noch nicht scharf genug erfasst sind. Wohl liegen schon einige bedeutsame Briefwechsel aus diesen Kreisen im Drucke vor; wohl sind über verschiedene Unternehmungen zeitlich und örtlich umgrenzte Monographien erschienen. Doch fehlen sowohl erschöpfende und kongeniale Deutungen der einzelnen Führergestalten als auch eine klare Uebersicht über die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen kantonalen Bewegungen. Dr. Dietrich Barth hat daher auf diesem Gebiet eine spürbare Lücke ausgefüllt, indem er den Genfer Konservatismus und seine bedeutendsten Träger eingehend zu schildern unternahm („Die Protestantisch-Konservative Partei in Genf in den Jahren 1838 bis 1846“. Band 4 der „Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft“, 1940 bei Helbing und Lichtenhahn in Basel).

Das konservative Regiment in Genf war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass es die kalvinistische Tradition in einer vernunftgeläuterten Form aufnahm und sich überdies wesentliche liberale Positionen zu eigen machte. Diese Eigenart versetzte es in die Lage, der wachsenden Opposition, wenn auch nicht ohne innere Widerstände, durch schrittweise demokratische Reformen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Daher konnte es sich über die gefährliche Wende der Dreissiger Jahre hinaus bis 1846 im Sattel halten, während die anderen Restaurationsregierungen in der Schweiz bald nach dem Sturz der Bourbonen in Frankreich zusammenbrachen. Kennzeichnend ist für den Genfer Konservatismus auch das Bestreben, die von der Aufklärung gelockerte protestantische Tradition und die Sorge um das Gedeihen der Akademie als nationale Bindeglieder zwischen den auseinanderstrebenden Volksschichten sowie als eigentliche Grundlagen des neuen kantonalen Staates einzusetzen. Aus diesem Verlangen erklärt sich die beharrliche Spannung zwischen der regierenden Schicht und den Katholiken, die entweder in den ursprünglich savoyischen

Landgemeinden des Kantons sassen oder in dem Arbeiterviertel der Hauptstadt niedergelassen waren.

Von manchen Schweizer Konservativen unterschieden die Genfer sich auch durch ihren Sinn für die Notwendigkeit eines stärkeren eidgenössischen Zusammenschlusses und durch ihre Bemühung um engen Kontakt mit den übrigen Vorkämpfern der nationalen Einigung, mochten sie auch rein liberalen Ueberzeugungen anhängen. Das Verdienst, welches in dieser weitsichtigen Haltung liegt, wird kaum herabgemindert durch die Tatsache, dass das konservative Genfer Regiment lange Zeit die Drohung fremder Annektionsgelüste vor Augen hatte und zudem verhindern musste, dass sich die Opposition im eigenen Kanton die ausschliessliche Sympathie und die einseitige Unterstützung des schweizerischen Liberalismus sichere. Schliesslich erhielt der Genfer Konservatismus auch dadurch ein besonderes Gepräge, dass er sich erheblich früher als die regierenden Kreise in den übrigen Kantonen einer politisch und sozial sehr anspruchsvollen Arbeiterschaft aus den Präzisionswerkstätten, der Bijouterie, der Uhren- und Baumwollindustrie gegenüber sah. Wenn diese Opposition auch geschlossen und schliesslich gar mit Gewalt ihre Forderungen durchzusetzen suchte, so geht Dietrich Barth für unser Empfinden doch etwas weit, wenn er sie geradezu als proletarische Bewegung anspricht. Sowohl das im Vergleich mit modernen Proletariaten geringe Ausmass der Genfer Arbeiterschaft um 1840 als die demokratisch-kleinbürgerliche Zielsetzung der ganzen Aktion und die aristokratische Herkunft des bedeutendsten Führers sprechen gegen eine solche Kennzeichnung des Genfer Radikalismus. Hier hätte sich mit Gewinn die Unterscheidung zwischen den liberal-individualistischen Strömungen im gebildeten Bürgertum und den demokratisch-egalitären Tendenzen in Bauerntum und Arbeiterschaft anwenden lassen, welche gerade der Genfer William E. Rappard zum besseren Verständnis der schweizerischen Politik während dem frühen 19. Jahrhundert aufgestellt hat.

Oggleich der Genfer Konservatismus sich von verwandten Bewegungen in den anderen Kantonen deutlich unterschied, so bedeutete sein Sturz doch für lange Zeit den Abschluss der konservativen Anstrengungen in der ganzen Schweiz. Diese — auch von Zeitgenossen festgehaltene — Beobachtung legt die Frage nahe, weshalb sich die schweizerischen Konservativen zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht enger und aktiver zusammengeschlossen haben. Dietrich Barth erteilt eine doppelte Antwort.

Einmal zeigt er, wie ungleich die Haltung der protestantischen Konservativen zu jener Zeit in den verschiedenen Kantonen war. Die einen strebten einfach nach einer Wiederherstellung der Herrschaftsverfassung aus der Zeit vor 1798 sowie nach der Wiedereinsetzung der an Erfahrung und Weltkenntnis allen Mitbewerbern überlegenen aristokratischen Familien in die wichtigsten Staatsämter. Die zweiten hingen zwar liberalen Ideen an; doch hatten sie soviel von dem Geist des Alten Regiments in sich bewahrt, dass ihnen die Berufung der durch aufgeklärte Bildung

und vorurteilsfreie Weltgewandtheit überlegenen Intellektuellen an die Spitze des Staates als selbstverständlich erschien. Zu ihnen stiessen die von der deutschen Romantik beeinflussten Juristen aus der historischen Rechtsschule, welche den Staat nicht nach Massgabe des revolutionären Gesellschaftsvertrags, sondern im Sinne der geschichtlichen Ueberlieferung geformt und geleitet wissen wollten. Eine letzte Gruppe setzte sich für die Befreiung der Landeskirchen aus der Vormundschaft des verweltlichten Staates und für die Verdrängung des aufgeklärten Freiheits- und Fortschrittsglaubens durch die einfache kirchliche Gläubigkeit ein. Während diese letzte Richtung sich noch am ehesten mit den katholischen Konservativen hätte verständigen können, waren die anderen Gruppen zu einer derartigen Zusammenarbeit nicht bereit.

Der Ausgangspunkt einer grossen konservativen Bewegung hätte — und damit berühren wir die zweite Gedankenreihe des Autors — das beherrschende Gefühl sein müssen, dass der Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholizismus überholt worden sei durch das Erscheinen des vernunftgläubigen und vielfach kirchenfeindlichen Liberalismus, und dass sein Vordringen eine gemeinsame Aktion der Kirchen und ihrer politischen Vorkämpfer notwendig mache. Dieser Einsicht verschlossen sich nicht bloss die Genfer Konservativen, welche sich, als Hüter einer angeblich kalvinistischen Tradition, zur Abwehr des wachsenden katholischen Einflusses berufen fühlten, sondern alle Konservativen, welche noch im Geist der Aufklärung herangewachsen waren. Der protestantische Konservatismus wurde seinerzeit gespalten durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land, welcher sich vielfach mit dem Unterschied zwischen „Gebildeten“ und wenig Geschulten, mit dem Konflikt zwischen Verlegern und Heimarbeitern der Hausindustrie oder mit der Spannung zwischen Fabrikherrn und Arbeitern verband. Ein weiteres Hemmnis der Einigung lag darin, dass die früher privilegierten Schichten unter einer konservativen Politik die Wiederherstellung ihrer Vorrechte, dass die Begüterten unter ihr den Schutz der geltenden Besitzverteilung verstanden, während die zu einem Kampfe für das Ansehen von Glauben und Kirche zweifellos bereiten Schichten der Bauern und Landarbeiter im Gegenteil auf eine Aufhebung der rechtlichen und sozialen Privilegien hofften. Schliesslich verloren die Konservativen auf dem Lande auch an Einfluss, weil nicht sie, sondern ihre liberalen Gegner sich rückhaltslos für den demokratischen Umbau des Staates einsetzten.

Dem Leser unserer Tage leuchtet dieser Gedankenrückgang ein; denn er weiss von den langwierigen Anstrengungen der europäischen Kirchen gegen die Gefahren der Staatsvergottung, des Materialismus und der organisierten, laut verkündeten Gottlosigkeit; er kennt die gemeinsamen Kundgebungen des katholischen Bischofs Besson und des Protestanten Prof. Adolf Keller sowie den offenen Briefwechsel zwischen Denis de Rougemont und Gonzague de Reynold zugunsten einer Annäherung der beiden grossen Glaubensrichtungen in der Schweiz. Eine andere Frage scheint uns zu sein, ob der Gegensatz zwischen Liberalismus und kirch-

licher Frömmigkeit grundsätzlich so eindeutig zutage liegt, wie Dietrich Barth vorgibt, und ob er zudem in der Zeit und an den Orten, wo die in dem vorliegenden Werke behandelten Protestantisch-Konservativen kämpften, so deutlich und machtvoll wirksam war, dass in Tat und Wahrheit die Front zwischen den Konfessionen hinfällig wurde. Mit dieser Frage hängt eine zweite zusammen, ob nämlich die konservative Haltung einfach als theozentrisch, die liberale Bewegung ganz allgemein als anthropozentrisch in ihrem Wesensgehalt charakterisiert sei. Nicht nur stimmen diese Bezeichnungen mit der geschichtlichen Wirklichkeit, die Barth uns schildert, längst nicht immer überein; noch wichtiger erscheint uns der Umstand, dass die genannten Begriffe wohl in der abstrakten Gedankenführung der Philosophie und Geistesgeschichte, nicht aber in der lebensvollen Atmosphäre der Politik verwendet werden können.

Georg C. L. Schmidt.

Geschichtliche Betrachtungen zum Verständnis der Gegenwart

*Werner Näf, Geschichtliche Betrachtungen zum Verständnis der Gegenwart.
Verlag H. R. Sauerländer & Co., Aarau, 1941.*

Unter diesem Titel hielt der Berner Ordinarius für Geschichte Anfang 1941 sechs Vorträge im Radio. Sie sollen „dafür zeugen, dass aus der geschichtlichen Vergangenheit erhellendes Licht auf die Ereignisse der Gegenwart fällt, dass der Weg ruhigen Erkennens zu sicherem Standpunkt führt, und dass schweizerische Gesinnung in weitem europäischem Verständnis ihre wahre Neutralität bewährt.“

Zum ersten beschäftigt sich Näf mit der „Erbschaft des 19. Jahrhunderts.“ Als solches will er geschichtlich die Zeitspanne vom Wiener Kongress bis zum Kriegsausbruch von 1914 aufgefasst wissen. Laute Rufer sprechen seine Verwerfung aus. Entspricht das dem Sachverhalt? „Das 19. Jahrhundert brachte, europäisch gesehen, den Abbruch des fürstlichen Staates, und es versuchte den Aufbau des Volksstaates, der Demokratie. Es gestaltete ihn zum Verfassungsstaat, indem es ausging von der Lehre, dass der Mensch „frei sei, ein vernünftiges, entwicklungsfähiges, mündiges und daher für die Gestaltung des privaten wie des öffentlichen Lebens verantwortliches Leben“. Dieser liberale, individualistische, bürgerliche Gehalt des 19. Jahrhunderts wird heute in der Tat verworfen. Um das Problem der Lösung der sozialen Frage, wie sie durch das Auftreten des (industriellen) Arbeiterstandes sich stellte, hat das 19. Jahrhundert gerungen, ohne seine Lösung zu erreichen. Sie wird heute in Form des autoritären Staates angestrebt. Dagegen verwirklichte das 19. Jahrhundert die Idee des nationalen Staates in Italien und Deutschland. Die Veränderung seines Sinnes durch den Trieb zur Macht, wie sie während des späteren 19. Jahrhunderts in Erscheinung trat und ihm den Stempel des imperialistischen Zeitalters aufdrückte, weist

geradezu auf unsere Gegenwart hin. Sie nahm den Willen zur Macht auf und suchte ihn aufs höchste zu steigern.

Das 19. Jahrhundert endete in der Katastrophe des Weltkrieges von 1914/18. In den tieferen Kriegsgründen und den Kriegszielen mischten sich, ineinander übergehend, Lebensmässiges und Machtmässiges. Der Friedensschluss sollte über beides entscheiden, über Lebensrechte und Machtansprüche. Er bedeutete wie jeder allgemeine Friedensschluss sowohl Abschluss der Vergangenheit als Eröffnung der Zukunft. Allein die Siegermächte diktierten den Frieden. Als sie die eine grosse, elementare Lebensfrage in Gestalt der nationalstaatlichen Organisation Osteuropas lösen sollten, siegte der Machttrieb; er „durchkreuzte und verwirrte die Neustaatenwelt des Ostens vom Augenblick ihrer Errichtung an.“ Konnte schon hier der Machtgedanke nicht überwunden werden, wie viel weniger erst da, wo eigentliche Machtfragen zu lösen waren, wie in Vorderasien, in den Kolonien, in Weltverkehr und Weltwirtschaft. Selbst die Botschaft des versöhnenden Friedens, die Idee des Völkerbundes, wurde zum Streitpunkt. Man verband den Völkerbund mit einem Machtfrieden; hier liegt vor allem die Tragödie von Versailles.

Dadurch wurde die internationale Situation für die nächsten zwanzig Jahre bestimmt. In der Zeit „vom Versailler Frieden bis zum Kriegsausbruch von 1939“ — so lautet das dritte Thema — stehen sich zunächst gegenüber alte, reiche Besitzer, welche die Verträge als das ihnen günstige Recht in Geltung zu halten wünschen, und die zwei jungen, starken Mächte Japan und Italien, die der erreichte Machtzuwachs nicht zu befriedigen vermochte. Am gefährlichsten wurde die Verletzung der besiegten Grossmächte, zu welchen auch Russland zu rechnen ist; zum Entscheidungsland Europas sollte Deutschland werden, wo schliesslich, trotz gewissen Verbesserungen seiner Lage, „ein Ausbruch von furchtbarer Heftigkeit alle Schranken durchstossen“ hat. Verschlossen sich die besitzenden Grossmächte der Einsicht nicht, dass gewisse Forderungen etwa des deutschen Reiches berechtigt seien, so unterblieb doch der friedliche Ausgleich. Naf will nicht nach Verantwortung und Schuld suchen — das gestattet, wissenschaftlich betrachtet, die Aktenlage noch nicht —, er konstatiert lediglich.

Hier schiebt er als vierten Betrachtungsgegenstand die „Staatstypen der Gegenwart“ ein. „Um 1920 schien eine Entwicklung zum Abschluss gelangt zu sein, die durch das 19. Jahrhundert gelaufen war: Die Staaten der Erde waren, sozusagen ausnahmslos, entweder in republikanischen oder in monarchischen Formen demokratisch organisiert.“ (Die grosse russische Ausnahme sollte hier betont sein.) Wie erklärt sich der seitherige Umschwung? In der Beantwortung dieser Frage will der Verfasser sich und uns volle Rechenschaft geben von den Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten der demokratischen Staatsform und ihrer Praxis. „Der Typus des demokratischen Staates ist dann gegeben“, wenn „der Staat von unten auf durch den Willen der Menschen geschaffen oder in einem bestimmten Augenblick seiner Geschichte auf

dieses Fundament umgestellt wurde." „Nötig ist ferner, dass die Bürger in der Selbstverwaltung von Dörfern und Städten, Kantonen und Einzelstaaten mit den öffentlichen Angelegenheiten vertraut, in ihnen tätig stehen, dass der Staat nicht zentralisiert, sondern locker, gestuft sei." „Zwang der Verteidigung, Wille zur Machtentfaltung führt leicht zu Zentralisation, zu einer Steigerung der Staatsautorität, die den Einzelwillen in Banden schlägt, die unbedingte Führung verlangt." So gelangt Näf zum Vergleich des demokratischen mit dem herrschaftlichen Staat, den — historisch gesehen — eine Herrscherfamilie schuf und organisierte, und in welchem der Machtwille des Herrschers den Gemeinschaftsgedanken übertönte. In den Ländern Europas, wo sich einst dieser Typus gebildet hatte, wich er während des 19. Jahrhunderts einer Demokratisierung, der nicht die angelsächsischen Demokratien Vorbild waren, sondern diejenige der Französischen Revolution. Gerade den Zusammenbruch dieser letzteren Demokratien erlebten wir seit 1920, während die ursprünglichen Volksstaaten aufrecht blieben. Anstelle der jüngeren Demokratien erhob sich der Typus des autoritären, totalitären Staates. Geschichtlich waren populäre Demokratien wie diejenigen Caesars, Cromwells und der beiden Napoleone der Ausweg aus versagenden Demokratien; so gab bei der Entstehung moderner Diktaturstaaten eine Not- und Krisenlage den Ansatzpunkt. Ein dynamischer Machtgedanke lässt alle Einzelwillen im Volkswillen aufgehen, den ein Führer in sich trägt. Mit diesen blossen Andeutungen scheint uns Näf, speziell im Rahmen von Radiovorträgen, doch zu viel vorausgesetzt und die Erscheinung des autoritären Staates zu sehr, ausserdem nur an der einen Kante, gestreift zu haben.

Gleich verhält er sich in seinen Betrachtungen über „Europapolitik und Weltpolitik vor Kriegsausbruch", wo er den eigentlichen Kriegsherd zu ergründen sucht. „Welt- und kolonialpolitische Konflikte waren 1939 weder als Ursachen, noch als Anlässe des ausbrechenden Krieges bestimmend." „Wenn dieser Krieg zum Weltkrieg würde, hätte er seinen Grundcharakter geändert. Die politische Entscheidungszone wurde Europa und der Nahe Orient, weil hier wie nirgendwo sonst auf dem Erdball während der letzten zwanzig bis dreissig Jahre das staatliche Leben im Werden war." Da vordringende Ostpolitik nur gegen die Westmächte zu führen war, ist aus den Ostkonflikten „unmittelbar der westliche Krieg hervorgegangen; Frankreich und England haben ihn um der Verträge willen, um ihrer Machtstellung willen erklärt. Als die französisch-britische Sperrstellung aufgerissen wurde und Frankreich zusammenstürzte, war ein deutsch-englischer Grosskampf entfacht."

Kann da die Schweiz, wie sie geworden ist, noch bestehen? Oder muss sie sich anpassen? Näf gibt darauf die klassische Antwort: „Die Schweiz, die nicht anders wäre als ihre Umwelt, hörte auf, die Schweiz zu sein." Das beweist er an einem Gang durch die letzten Jahrhunderte der europäischen und schweizerischen Geschichte. „Die Staaten, welche die Schweiz umgeben, bildeten in der Geschichte eines halben Jahrtausends den grossen

herrschaftlichen, nationalen Machtstaat aus, die Schweiz aber einen deutlich davon abweichenden Typus..., den genossenschaftlichen Volksstaat, die demokratische Republik, den mehrsprachigen Staatenbund und Bundesstaat, den neutralen Kleinstaat." Näf will nicht glauben, dass wir nun abermals, wie vor 1798, rückständig geworden sein sollten, weil um uns herum, auf andersgeartetem Boden, der demokratische Staat des 19. Jahrhunderts in den autoritären Staat unserer Tage umschlägt. „Der eigenartige Kleinstaat kann materiell in Bedrängnis geraten inmitten einer zu mächtiger Gleichförmigkeit geballten und diese Gleichförmigkeit fordernden Umwelt. In seinem Eigensten, seiner Idee, liegt seine Kraft, Kraft der Erhaltung, Kraft der Auferstehung.“

Genauere Rechenschaft in bezug auf Urteilmöglichkeiten charakterisiert Näfs Untersuchungen. Insofern darin der Historiker zu politischen Schlussnahmen überging, wollte er zur Erfüllung einer Hauptmission der Geschichte, das Verständnis der Gegenwart zu erleichtern, beitragen. Dass der Geschichte reiches Leben sich nicht gern Gesetzmässigkeiten abdeuten lässt, tritt aus seinen Gedankengängen weniger scharf hervor als aus blossen gelegentlichen Hinweisen. So scheint uns seine Schrift ein Beispiel auf sehr hohem Niveau dafür zu sein, wie schwer das Ringen zwischen dem wägenden Historiker und dem Staatsbürger in einer Gelehrtenpersönlichkeit von Format und Temperament sein muss.

Otto Weiss.



Die Staatsgründung ist in der Schweiz ausgegangen von Gemeinden, in denen einer auf den andern angewiesen war, in denen sich einer auf

den andern verlassen konnte. Dies machte die alte Eidgenossenschaft stark; darin liegt noch heute unsere Kraft. Wir stehen zu militärischer Abwehr zusammen, wir haben uns in gemeinsamer Staatsgesinnung gefunden. Wir müssen — dies ist heute das Gebot der Stunde — die Schwierigkeiten der Versorgung, der Verteilung der notwendigen Güter und Mittel gemeinsam überwinden. Die Schweizerische Winterhilfe ruft alle auf, nach Kräften zu spenden: es muss dem Mangel gewehrt werden! Wir wollen damit den Grundgedanken unserer Geschichte, die eidgenössische Pflicht gegenseitigen Beistandes, in der Gegenwart bewähren und erfüllen.

Prof. Dr. Werner Näf
Gümligen

September 1941.

Unterstützt tatkräftig die Kriegs-Winterhilfe 1941!

Postcheck VIII 8955

Bezugsbedingungen:

Einzelheft Fr. 1.50, im Abonnement Fr. 15.— (+ Porto Fr. 1.—)
für 12 Hefte pro Jahr.

Ausland Einzelheft Fr. 1.80, im Abonnement Fr. 18.— pro Jahr.

Erscheint jeweilen anfangs des Monats

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Walther Meier

Redaktion u. Verlag: Fretz & Wasmuth A.G. Zürich, Akazienstr. 8

Tel. 45855 Postcheckkonto VIII 6031

Inseratenverwaltung: Jakob Winteler, Akazienstr. 8 Zürich. Tel. 45855

Druck: Jak. Villiger & Cie., Wädenswil Tel. 95 60 60

Printed in Switzerland